



## „2. NRW-Nachhaltigkeitstagung – Zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen 2030“

18.11.2013, im Landtag NRW Düsseldorf

### **Dokumentation des Workshops: Flächen sparen – Zukunft gestalten (14:30-15:30 Uhr)**

Autorin: Rachel Owoko, lab concepts GmbH

#### **Teilnehmende an der Diskussion:**

**Thomas Berger**, Stadt Lünen, Abteilungsleiter Planung

**Dr. Klaus Reuter**, LAG 21 NRW, Geschäftsführer

**Daniela Schneckenburger**, MdL, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Martin Tönnies**, Regionalverband Ruhr (RVR), Bereichsleiter Planung

**Moderation: Matthias Peck**, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, stellvertretender Abteilungsleiter  
*Fachübergreifende Umweltangelegenheiten, Nachhaltige Entwicklung*

#### **Einleitung**

Der Workshop beleuchtete das Thema der Flächenpolitik in Gemeinden und Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Wie Flächen genutzt und gestaltet werden ist eine entscheidende Frage für eine nachhaltige Kommunalpolitik. In Anbetracht der schrumpfenden Bevölkerungszahlen aufgrund des demografischen Wandels stellt sich eine auf Wachstum ausgerichtete Flächenpolitik in Kommunen und Gemeinden als überholt dar; als zukunftsweisender erweist sich eine flächensparende Strategie. Nordrhein-Westfalen orientiert sich dabei an der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie des Rates für Nachhaltige Entwicklung, die bundesweit eine Flächenneunutzung von 30 Hektar pro Tag (anstelle von aktuell 74 Hektar pro Tag) bis 2020 vorsieht. Eine zentrale Frage des Workshops war es, wie und mit welchen Mitteln man sich in

Nordrhein-Westfalen diesem Ziel annähern kann.

### **Das Ziel: Fünf Hektar Flächenneunutzung bis 2020**

Der Moderator Matthias Peck wies einleitend darauf hin, dass 2006 in Nordrhein-Westfalen die „Allianz für die Fläche“ bestehend aus Vertretern verschiedener Ministerien, Verbände, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft mit dem Ziel gegründet wurde, die Strategien und Maßnahmen zur Reduzierung des Flächenverbrauchs für Nordrhein-Westfalen zu entwickeln. Entsprechend sei auch das Ziel von fünf Hektar pro Tag für Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2020 unterschrieben worden.

Daniela Schneckenburger MdL, bemerkte, dass trotz schrumpfender Bevölkerungszahlen in den Regionen die Einwohnerzahlen in einigen Städten stiegen. Sie wies auch auf die Folgen einer dabei gleich bleibenden Siedlungspolitik und Gewerbegebietsentwicklung hin: Wachsende Infrastrukturkosten, Zerschneidungseffekte, Verteuerung von Böden, Zerstörung von Biotopen, erhöhtes Verkehrsaufkommen etc. Wichtig sei besonders, so Daniela Schneckenburger, dass man sich um einen „sorgfältigen Diskurs mit den Kommunen“ bemühe: Wie diese ihre Siedlungsentwicklung planten, welche zukünftige Flächenentwicklung sie sähen und welche Instrumente sie zur Unterstützung brauchen. Ein Instrument dafür sei beispielsweise bereits der „Flächenpool NRW“, der die Kommunen bei der Wiedernutzung von Brachflächen unterstützt. Auf Landesebene strebe man u. a. an, die Förderung des Eigenheimbaus zugunsten einer Förderung des Geschosswohnungsbaus zu verändern, um der fortschreitenden Urbanisierung Rechnung zu tragen.

### **„Wachstum ist einfacher zu steuern als Schrumpfung“**

Einig waren sich die Diskutierenden darüber, dass Flächeneinsparungen bisher für Kommunen in Nordrhein-Westfalen zumeist noch ein oft missverstandenes und eher unattraktives Thema darstellt. Martin Tönnies zeigte auf, dass erfolgreiche Kommunen sich traditionell noch immer über Wachstum und Ansiedlung, über das „Leitbild der wachsenden Stadt“ definierten – obwohl dies den aktuellen Realitäten entgegenstände. Martin Tönnies identifizierte besonders den Bedarf für dezidierte Informationsgrundlagen, um die Notwendigkeit flächensparender Planung zu dokumentieren. Er berichtete von der Arbeit der Regionalplanungsbehörde Ruhr, die für den Regionalverband Ruhr ein einheitliches Flächeninformationssystem entwickelt hat. Ein solches einheitliches Datenerhebungs- und Monitoringsystem würde er sich für ganz NRW wünschen, um landesweit ein einheitliches Monitoringsystem über die Flächennutzung und -verfügbarkeit zu haben.

Thomas Berger bestätigte, dass die Maxime des Flächensparens in den Kommunen theoretisch anerkannt sei, aber die Umsetzung in die Praxis oft kontrovers diskutiert werde. Es funktioniere zumeist nicht, das Landesziel von fünf Hektar ausschließlich auf die Kommunen umzulegen. Wichtig seien konkrete Regularien und Planungen seitens der Landes- und Regionalplanungsbehörden. Zugleich müssten aber auch die Kommunen selbst (etwa in runden Tischen o. Ä.) aktiv in die Planungen eingebunden werden, um Akzeptanz zu erzeugen und eine individuelle Flexibilität bei der Planung zu ermöglichen. So seien für die Stadt Lünen nicht nur die Flächenneuausweisung, sondern auch der Flächentausch und das Brachflächenrecycling wichtige Themen.

Dr. Klaus Reuter berichtete aus seiner Arbeit in der Beratung von Kommunen, dass es dort oft ein Unverständnis dahingehend gäbe, dass altbewährte Erfolgsstrategien nicht mehr funktionierten und sich nun erst ein langsamer Prozess des Umdenkens vollzöge. Er hält es daher für psychologisch wichtig, dass nun durch den Rat für Nachhaltige Entwicklung und das Land NRW konkrete durch Zahlen benannte Zielvorgaben und multifunktionale Lösungsansätze entwickelt würden, um den Diskurs voranzutreiben. Datenklarheit sei in der Tat von großer Bedeutung, besonders da es auch sehr unterschiedliche Wissensstände in den Kommunen gäbe. Diese Datenklarheit sei die Voraussetzung, um sich (wie im Projekt Nachhaltiges kommunales Flächenmanagement der LAG 21 NRW) mit den Vertreterinnen und Vertretern einer Kommune aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu verständigen und gemeinsam individuelle Lösungsstrategien zu entwerfen.

### **„Schritte nach vorne“: Instrumente und Maßnahmen**

Ein Vertreter der Geschäftsstelle des Rates für Nachhaltige Entwicklung merkte an, dass man sich bisher vor allem mit der Problemanalyse befasst habe. Wichtig sei nun aber auch der Schritt zur Entwicklung konkreter Maßnahmen und Instrumente. Hierzu sei die Arbeit der LAG 21 NRW als beispielhaft zu sehen, da diese den Schritt von der Strategie zum konkreten Dialog mit den Kommunen gehe. Die Frage sei, ob es weiterer Forschung oder vielmehr verstärkter Beratungsangebote nach dem Vorbild der LAG 21 bedürfe.

Martin Tönnies kritisierte, dass er zur Zeit keine landesweit einheitlichen und ausreichend klaren Informationsgrundlagen sieht. Es dürfe nicht die Situation entstehen, dass Kommunen mit Datenklarheit und entsprechender Planung sich gegenüber angrenzenden Kommunen benachteiligt fühlten, denen es daran mangle.

Dr. Klaus Reuter hielt dagegen eine andere Frage für zentral: „Wieso schaffen wir nicht neue Anreize für Kommunen, die sich nachhaltig verhalten?“ Er wies auf das neue Projekt der LAG 21 - ein Zertifizierungsverfahren für flächensparende Kommunen in NRW - hin, mit dem diese sich

freiwillig auszeichnen können. Auch Veränderungen der Städtebauförderung könnten nachhaltig handelnde Kommunen unterstützen.

Daniela Schneckenburger ergänzte, dass noch viel „Bewusstseinsarbeit“ nach dem Vorbild der LAG 21 geleistet und dabei auch der interkommunale Austausch gefördert werden müsse. Kommunen mit interkommunalen Gewerbegebieten z. B. teilten Gewerbesteuer untereinander auf. Hier sei, so Daniela Schneckenburger, auch eine stärkere Einbindung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) wünschenswert, wenn es um militärische Konversionsflächen geht.

Ein Vertreter des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit erläuterte die Initiative der Bundespolitik, Flächenzertifikate an Kommunen zu vergeben, mit dem diese Handel betreiben können. Die Diskutierenden betrachteten diese Initiative mit Zurückhaltung; eine verpflichtende Zertifizierung und der Handel mit Zertifikaten in den Kommunen würden auf starken Widerstand stoßen. Zudem bestünde die Gefahr, dass damit die Kluft zwischen reicheren und ärmeren Kommunen größer würde.

Eine Vertreterin des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr ergänzte, dass Flächen mehr mobilisiert werden müssten. Dafür müssten Politik und Verwaltung auch verstärkt mit Flächeneigentümern ins Gespräch kommen. Sie sprach sich gegen die Förderung flächensparender Kommunen aus, da bereits ausreichend Förderungsinstrumente vorhanden seien – etwa für Brachflächenrecycling im Rahmen des Stadtumbaus. „Vorhaltepolitik“ könne nicht zusätzlich finanziell gefördert werden.

Eine Teilnehmerin aus dem Publikum wies auf den Zusammenhang zwischen verwaisten Innenstädten und flächenmäßiger Vergrößerung der Städte hin. Die Diskutanten bestätigten, dass diese Diskrepanz in den Planungsregionen bereits seit längerem thematisiert werde. Es sei sehr wünschenswert, dass sich die Perspektive „innen vor außen“ stärker in den Kommunen verankere, so Daniela Schneckenburger.

## **Fazit**

Zusammenfassend wurde festgestellt, dass ein Paradigmenwechsel in der kommunalen Flächenpolitik unumgänglich sei. Auch stehe außer Frage, dass das Thema der Flächeneinsparung für die meisten Kommunen eine Herausforderung darstelle, da die Politik traditionell eher an Flächenwachstum ausgerichtet sei. Wichtig sei, wirksame Instrumente zur Umsetzung einer flächensparenden Kommunalpolitik zu entwickeln bzw. bestehende Instrumente zu überdenken und gegebenenfalls neu auszurichten.

Wichtige Maßnahmen dabei seien eine dezidierte Recherche und Datenerhebung sowie ein landesweit einheitliches Monitoringsystem. Von zentraler Bedeutung zeige sich dabei auch die Neugestaltung von Fördermaßnahmen.

Auch müssten künftig stärkere Synergien und ein noch aktiverer Austausch zwischen den Akteuren aus Politik, Verwaltung und Naturschutz sowie zwischen den Kommunen angeregt und Dialogprozesse angestoßen werden. Nur so könnten, wie etwa am Vorbild der Projekte der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 zu sehen, Fürsprecher und Multiplikatoren auf allen Ebenen gewonnen werden, die das Thema stärker in den Kommunen verankern und Perspektivwechsel bewirken können.